Finanzamt Leipzig

Datum
25.11.2026

Geschäftszeichen
3231/ÖZ/2026/0106

Öffentliche Zustellung

Firma / Bezeichnung der juristischen Person Jobcenter Consulting GmbH
letzte bekannte Anschrift Harkortstraße 5 04107 Leipzig

Die vorgenannte juristische Person ist zur Anmeldung einer inländischen Geschäftsanschrift verpflichtet. Eine Zustellung ist weder unter der eingetragenen Anschrift noch unter einer im Handelsregister eingetragenen Anschrift einer für Zustellungen empfangsberechtigten Person oder einer ohne Ermittlungen bekannten anderen inländischen Anschrift möglich bzw. Zustellversuche sind ergebnislos geblieben.

Der vorgenannten juristischen Person ☐ ist ☒ sind zuzustellen:
(genaue Bezeichnung der Verwaltungsakte mit Datum sowie ggf. weiteres Geschäftszeichen)

Körperschaftsteuerbescheid 2020 vom 8. Oktober 2026
Körperschaftsteuerbescheid 2021 vom 8. Oktober 2026
Körperschaftsteuerbescheid 2022 vom 8. Oktober 2026
Gewerbesteuermessbescheid 2020 vom 8. Oktober 2026
Gewerbesteuermessbescheid 2021 vom 8. Oktober 2026
Gewerbesteuermessbescheid 2022 vom 8. Oktober 2026
Gewerbesteuerzerlegung 2020 vom 8. Oktober 2026
Gewerbesteuermessbescheid 2025 vom 17. November 2026
Körperschaftsteuerbescheid 2025 vom 17. November 2026
Gewerbesteuermessbescheid 2025 vom 17. November 2026
Gesonderte Feststellung §§27+28 KSTG 2025 vom 17. November 2026
Umsatzsteuerbescheid 2025 vom 17. November 2026

☐ Der Verwaltungsakt wird
☒ Die Verwaltungsakte werden

deshalb nach § 10 Abs. 1 Verwaltungszustellungsgesetz öffentlich zugestellt und kann / können innerhalb von zwei Wochen nach dem auf der Internetseite des Finanzamtes angegebenen Datum der Veröffentlichung gegen Vorlage eines gültigen Lichtbildausweises oder durch einen bevollmächtigten Vertreter im oben genannten Finanzamt abgeholt werden.
Telefonnummer für Terminabsprachen und Rückfragen: 559-2572
Die Besucheranschrift und die weiteren Möglichkeiten zur Kontaktaufnahme sind der Internetseite des Finanzamtes zu entnehmen.

Die öffentliche Zustellung setzt an die Bekanntgabe eines Verwaltungsaktes anknüpfende Fristen in Gang, insbesondere auch Rechtsmittelfristen. Aus dem Ablauf dieser Fristen können Rechtsverluste entstehen.